

5 Jahre nach historischem Karfreitagsabkommen: Stevens-Report statt „Ende des Kriegs“

In der Karwoche, zum fünften Jahrestag des Belfaster Abkommens, war Nordirland wieder in den Schlagzeilen – wenn auch nicht, wie allseits erwartet, weil die IRA das Ende ihres Krieges erklärte und damit den Weg für die Wiedereinsetzung der nordirischen Institutionen freimachte. Dazu kam es trotz des Blair-Bush Gipfels in Hillsborough nicht.

Stattdessen legte der Chef der Londoner Metropolitan Police seinen lang erwarteten Bericht zur Zusammenarbeit von nordirischen Sicherheitsorganen und der Britischen Armee mit loyalistischen Mörderbanden vor. Tausende von Seiten, die bestätigen, was lange vermutet wurde: die Mittäterschaft der Hüter von Gesetz und Ordnung bei Mord und der Verschleierung von Verbrechen in Nordirland.

Mord bleibt Mord

Seit Jahren lagen Indizien vor, doch nun ist der Skandal ganz offiziell. Eine von der britischen Regierung selbst in Auftrag gegebene Untersuchung, mit der Sir John Stevens von der Metropolitan Police in London betraut war, und in deren Verlauf er in den letzten vier Jahren den Vorwürfen der Zusammenarbeit von Polizei und Armee in Nordirland mit loyalistischen Terroristen nachging, fand ihr vorläufiges Ende mit der Vorstellung einer 3000-Seiten Dokumentation, die keinen Zweifel daran lässt: Mitglieder der nordirischen Polizei und der Armee haben bei der Vorbereitung und Planung von Morden, bei der Ausführung von Morden und bei deren anschließender Vertuschung ihre Hand im Spiel gehabt.

Dies ist bereits die dritte Untersuchung, mit der Stevens betraut war. Die Vorgeschichte reicht sogar bis 1986 zurück, als erstmals dem Vorwurf einer „Shoot to Kill“-Politik der Sicherheitskräfte gegenüber republikanischen Terroristen nachgegangen wurde, damals unter dem stellvertretenden Chef der Polizei von Manchester, John Stalker. Doch die Untersuchung wurde ohne Ergebnis abgebrochen. Im September 1989 endete die Nachfolge-*Investigation* von John Stevens, damals noch bei der Polizei in Cambridgeshire, mit 47 Verurteilungen wegen Weiterreichung von Geheiminformationen über potentielle republikanische Terroristen an loyalistische Gruppen. Und dies, obwohl das Büro seines Teams im Januar 1990 einem Brandanschlag – ausgeführt, wie man heute weiss, von der britischen Armee! – zum Opfer fiel, und die Untersuchung nach Kräften von RUC und Armee hintertrieben wurde.



'Collusion' – Partnerschaft von Staat und Terror

Kern der insgesamt drei Untersuchungskommissionen unter John Stevens war der Mord an dem katholischen Rechtsanwalt Pat Finucane im Februar 1989. Pat Finucane hatte IRA-Terroristen vor Gericht verteidigt, und war in seiner Belfast-Wohnung vor den Augen seiner Frau und seinen drei Kindern von 14 Kugeln einer loyalistischen Killerbande zerfetzt – ein Mord „staatlich gesponsert und sanktioniert“, wie es jetzt der SDLP-Vorsitzende Mark Durkan ausdrückte. Die Angehörigen des bekannten Menschenrechtsanwalts haben seit der Tat eine offizielle, öffentliche Untersuchung gefordert, die dem Vorwurf der „Collusion“, der Partnerschaft von Staat und Terror, auf den Grund gehen sollte. Diese Forderung ist nach der Teilveröffentlichung des Stevens-Reports erneut und mit Nachdruck unterstrichen worden, auch von Mark Durkan.

Stevens ist auch davon überzeugt, dass auch der Student Adam Lambert, den Loyalisten 1987 in der fälschlichen Annahme, dass er sei ein Katholik sei, ermordet hatten, ein Opfer der Verschwörung von Staat und Terror wurde. Der Mann, der damals die Mordwaffe besorgte, wurde zwar von der Polizei verhört, doch wurde keine Anklage erhoben. Zwei Jahre später war er es, der die Mordwaffe beschaffte, mit der Finucane ermordet wurde.

Die Hauptschuldigen macht Stevens in der verdeckten Furze Research Unit (FRU) der Armee aus. Es war ihr Agent, Brian Nelson, der die Ulster Defence Association infiltrierte und de facto dirigierte. Ironie der Geschichte – Nelson, der für über 30 Morde verantwortlich gemacht wird, viele davon an Unschuldigen ohne jegliche Verbindung zu terroristischen Aktivitäten, starb eine Woche vor der Veröffentlichung des Stevens-Reports. Die FRU selbst wurde zur Zeit der Morde an Finucane und Lambert von Brigadier Colonel Gordon Kerr geleitet, der heute Militärrattache an der britischen Botschaft in Beijing ist. Vierzig Aktenordner über 25 Soldaten und Polizisten sind der Staatsanwaltschaft in Nordirland übergeben worden.

Diese anstehenden gerichtlichen Verfahren gibt Stevens auch als Grund dafür an, dass er nur etwa 20 Seiten des 3000-Seiten-Reports veröffentlicht hat. Er wolle keine Details preisgeben, die die gerichtliche Verfolgung der Täter gefährden könne. Doch hat dies auch der Befürchtung Nahrung gegeben, dass der volle Report vielleicht nie das Licht der Öffentlichkeit erblicken werde. Die Familie des ermordeten Pat Finucane hat wiederholt die Vermutung geäußert, dass die Stevens-Untersuchung Teil der Verschleppungskampagne sei und die Wahrheit eher begraben als aufdecken sollte. Sie fordert nach wie vor die Einleitung einer öffentlichen Untersuchung.

Auch der protestantische *Belfast News Letter* stellte unmissverständlich fest: „Mord ist Mord; das Zusammenwirken derer, die für die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung im Staat Verantwortung tragen, mit denen, die in Morde verwickelt sind, ist von Grunde auf abzulehnen und kann nicht geduldet oder gar irgendwie entschuldigt werden.“

Mord unter staatlicher Aufsicht

Ein Untersuchungsbericht beschuldigt britische Armee und nordirische Polizei der Zusammenarbeit mit protestantischen Todeskommis. Fünf Jahre nach Abschluss des Karfreitagabkommens liegt Nordirlands Friedensprozess auf Eis

Nur der Anfang

Bleibt nur noch anzumerken, dass 14 Jahre an Untersuchungen keinen der Mitschuldigen an den Morden hinter Gittern gebracht haben. „Eine skeptische Öffentlichkeit wird sich fragen, ob die Schuldigen je zur Verantwortung gezogen werden,“ schloss die *Irish News* ihren Kommentar. Und die Reaktion der Unionisten, von Trimble bis Dodds, schien diesen Befürchtungen Recht zu geben. Im Gegensatz zu deren vorschnellen Verurteilungen, wenn es um die republikanische Seite geht, waren die Statements von Stevens für die Unionisten „in erster Linie Spekulation“, und „niemand sei schuldig, bevor nicht ihre Schuld gerichtlich erwiesen sei“.

Zumindest darf erwartet werden, dass die Empfehlungen von Stevens, was die bessere Aufsicht über Armee, Polizei und vor allem Geheimdienste angeht, in die Tat umgesetzt werden, damit der „Collusion“ wenigstens in Zukunft ein Riegel vorgeschoben werden kann.

Im Herbst wird aber auch der

genionierte kanadische Richter Peter Cory seinen Bericht vorlegen. Er wurde von der irischen und der britischen Regierung gemeinsam beauftragt, einige der Morde an Katholiken in den letzten 20 Jahren zu untersuchen – darunter die an Pat Finucane und an Rosemary Nelson.

Seine Empfehlung wird vielleicht entscheiden, ob es eine umfassen-

de öffentliche Anhörung geben wird. Die Frage ist auch, wie weit in die Korridore der Macht die „Collusion“ reicht. Der schottische *Sunday Herald* hatte schon vor drei Jahren Indizien vorgelegt, dass Kerr und seine FRU zwischen 1987 und 1991 für 14 Morde verantwortlich zeichneten und Dekkung bis zur ministeriellen Ebene – ja bis zu Premierministerin Margaret Thatcher selbst – hatten. Die Stevens-Untersuchung findet Ende dieses Jahres ihren Abschluss. Doch sie darf, so der englische *Daily Mirror*, „nur der Anfang“ sein. Eine öffentliche Untersuchung sei jetzt unausweichlich. Und die Schuldigen müssten verfolgt und bestraft werden, „egal wie mächtig sie auch sein mögen.“

Gerry Adams deutet Zukunft ohne IRA an – aber der Durchbruch vor Ostern blieb aus

Obwohl die beiden Irak-Krieger George W. Bush und Tony Blair extra nach Nordirland eingeflogen

57
194.
Die britische Polizei deckte in Nordirland protestantische Killer
W. nach und nach die Lichter der katholischen Verbrechen
Ist man die Kugel fassen konnte, wenn nicht die Polizei Obstruktion betreiben
hierin war an terroristischen Verbrechen teilzunehmen
Katholiken von

kamen, um als Friedensstaben der IRA den letzten Push zu geben, sich von ihrem Krieg gegen die Briten zu verabschieden, blieb die von intensiven Verhandlungen gekennzeichnete Periode zwischen Februar und April ohne den erhofften Durchbruch, der dem Regionalparlament und der gemeinsamen Regierung von Unionisten und Nationalisten wieder auf die Beine verholfen hätte.

Daher hatte alles so ausgesehen, als könnte bereits Anfang März ein Deal erreicht sein, der dann die Wiedereinsetzung der Institutionen rechtzeitig vor den anberaumten Wahlen am 1. Mai erlaubt hätte. Doch dann sahen sich Tony Blair und sein Nordirlandminister Paul Murphy gezwungen, die Wahlen auf den 29. Mai zu verschieben, um noch weitere vier bis fünf Wochen Verhandlungsspielraum zu bekommen.

Man schien kurz vor dem Erfolg zu stehen. In Dublin hatte Gerry Adams eine Zukunft ohne die IRA in Aussicht gestellt. Der Bush-Gipfel sollte die Zielgerade für den 10. April einläuten, dem symbolträchtigen Datum, an dem 1998 das Belfast Abkommen unterzeichnet wurde, und der Tag, an dem Bertie Ahern und Tony Blair den neuen Plan vorstellen wollten. Pustekuchen. Ein verzögerter Blair appellierte an die IRA, ihren „Act of Completion“ unmissverständlich auszudrücken. Doch offensichtlich konnte sich P. O'Neill nicht zu der Erklärung „Unser Krieg ist zu Ende“ durchringen.

Die Pläne

Was hätten Bertie und Tony gerne verkündet? Hier die wichtigsten Punkte:

- *Demilitarisierung* – die Zahl der britischen Truppen in Nordirland wird von 13.500 auf 1000 reduziert und auf Kasernendienst gesetzt; Militärs werden auf 14 Stützpunkte reduziert; und die umstrittenen Wachtürme an der irischen Grenze bis nächstes Jahr abgebaut.

- *Polizei und Justiz* – Übertragung der Verantwortung für Polizei und Justiz an die nordirische Regierung innerhalb ihrer nächsten Amtszeit.

- *Justizreform* – Radikale Veränderungen in der Strafverfolgung und im Gerichtswesen, um diese Bereiche den neuen Verhältnissen in Nordirland anzupassen.

- *Rückkehr von mutmaßlichen Terroristen* – freie Rückkehr von etwa 40 gesuchten Paramilitärs, auf Bezahlung, unter einem speziell eingerichteten Gerichtsausschuss.

- *Polizeireform* – der Versuch, 2000 Katholiken als Vollzeitbeamte zu rekrutieren; Suche nach einer Alternative für Plastikgeschosse; Sinn Féin nimmt seine Sitze in der Polizei-Aufsichtsbehörde ein.

- *Aufsichtskommission* – Einrichtung einer internationalen Aufsicht über Verträge gegen das Belfast Abkommen, aus vier Repräsentanten (Nordirland, Republik Irland, Großbritannien und USA), die auch Sanktionen beschließen kann.

Dafür sollte im Gegenzug die IRA ihre Aktivitäten – Rekrutierung, Ausbildung, Waffenbeschaffung, Spionage und jegliche Form von Gewalt – einstellen und dies auch unmissverständlich erklären und durch die Zerstörung ihrer Waffen glaubhaft unterstreichen. Während Blair und Ahern im März noch mit allen Beteiligten in Nord-



irland hauderten, konzentrierte sich ihr Groll jetzt auf die IRA und deren unpräzise, wolkige Sprache, die es an Eindeutigkeit missen liess.

Waren Adams und McGuinness drauf und dran, die IRA de facto aufzulösen? Und hat irgendjemand in der IRA im letzten Augenblick die Bremse gezogen? Immerhin, wie David McKitterick im *Independent* erläuterte, erinnern uns die Aussagen des Stevens-Report „an den Vertrauensmangel, der die Denkwelt der Republikaner geprägt hat“.

Wird am 29. Mai gewählt?

Nach dem Scheitern der Gespräche kurz vor Ostern hiess es, die Institutionen könnten nun bis Herbst auf Eis gelegt bleiben. Doch die Wahlen zur nordirischen Assembly sollten wie geplant am 29. Mai stattfinden. Die Regierung Blair könnte jedoch die Wahlen

auch bis zum Herbst verschieben. Vielleicht, so wird spekuliert, würde ein erneut verbessertes Ergebnis für Sinn Féin das Klima dahingehend verändern, dass die Partei sich gegen die Widerspieler innerhalb der IRA mit ihrem Konzept eines anschließend politischen Wegs durchsetzen könnte. Oder Sinn Féin erhält die Quittung dafür, dass sich der Unmut über das jüngste Scheitern an der IRA festmacht...

Die Stimmung jedenfalls ist eher irritiert und erschöpft als verzweifelt. Der Friedensprozess hat schon manchen Rückschlag weggesteckt und scheint eine innere Stärke entwickelt zu haben, die darauf hoffen lässt, dass vor und hinter den Kulissen weiterverhandelt wird und früher oder später der dann wieder neue Durchbruch gelingt.

Erberhart Bort